

Wolfswille

Anzeigenpreis: 1/4 Seite 3,75, 1/2 Seite 7,50, 3/4 Seite 11,25, 1 Seite 15,00, 1/2 Seite 30,00, 1/4 Seite 60,00, 1/8 Seite 120,00, 1 ganze Seite 240,00. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gewaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 1. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanlagen: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Oberschlesische Beschwerden vor dem Völkerbund

Der Polenbund befriedigt — Der Fall Lubos wird „wohlwollend“ erledigt — Die Arztfrage vertagt — Die Beschwerde Wiesner an die Gemischte Kommission überwiesen — Die Sprachprüfungen wieder vertagt

Genf. In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung behandelte der Rat, die auf der Tagesordnung stehenden Minderheitsfragen.

Die Beschwerde des Polenbundes

In einer Eingabe vom 4. Juni 1929 hat sich der Bund der Polen in Deutschland an den Rat gewandt mit der Behauptung, daß die poln. Minderheit in O-Schlesien, sowohl durch die deutschen Behörden als durch die Landsiedlungsgesellschaft der Möglichkeit beraubt sei, Grundstücke und Siedlungsrecht zu erwerben.

Darin erblickt der Bund der Polen eine Verletzung der Artikel 67, 75 und 86 der Genfer Konvention. In den Bemerkungen der deutschen Regierung ist schon hervorgehoben, daß in der Zeit von 1919 bis 1928 nahezu 30 000 Bewerber mit Siedlungsland bedacht worden sind, unter denen

sich zahlreiche Angehörige des polnischen Volkstums befinden, auch solche, die an den ober-schlesischen Aufständen teilgenommen haben. Soweit es sich um Beschwerden gegen die Landsiedlungsgesellschaft handelte, wurden sämtliche Beschwerden, die an das Minderheitenamt gerichtet waren, bis auf einige, von den genannten Beschwerdeführern, aber zurückgezogen worden sind, weil letztere im Verfahren vor der Gemischten Kommission keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, und deshalb ebenfalls erledigt sind.

Der Rat hat sich darauf beschränkt, von den deutschen Bemerkungen Kenntnis zu nehmen, und seiner Genehmigung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um auch nur einen Schein verschiedener Behandlung auszuschließen.

Die unterschiedliche Behandlung durch den Knappschaftsverein

Den Rat beschäftigten am Mittwoch drei Angelegenheiten, die mit dem Knappschaftsverein in Zusammenhang stehen. In allen drei Fällen, die dem Völkerbundsrat vorgelegt sind, handelt es sich um den Vorwurf der Ungerechtigkeit, die auch gegen die Vorschriften der Genfer Konvention verstoße,

Benachteiligung und Unterdrückung der deutschen Minderheit zum Zwecke der Polonisierung des Knappschaftsvereins. Im ersten Falle wird vorgetragen, daß das Mitglied des polnischen Oberbergamts in Kattowitz, Benesch, in der Presse gegen den früheren Direktor des Knappschaftsvereins den Vorwurf erhoben hat, daß der Direktor Czajla längst nicht genug polonisiert und gegen die Minderheiten nicht genügend scharf vorgegangen sei.

Diese Beschwerde so wie die des früheren Knappschaftsbeamten Lubos wegen seiner Entlassung und ungeschicklichen Druckes deshalb, weil er seine Kinder in die deutsche Minderheitsschule schickte, habe den Rat schon in der Dezembertagung beschäftigt.

Die 3. Beschwerde beschäftigte sich mit der Entlassung von 32 Ärzten der deutschen Minderheit aus ihren Amtsstellen als Knappschaftsärzte.

Auf die Beschwerde über Herrn Benesch hat die polnische Regierung mitgeteilt, daß sie ihm wegen seines Verhaltens einen strengen Verweis erteilt hat. Der Minister hat zugleich Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen,

daß eine unterschiedliche Behandlung der Mitglieder und Funktionäre des Knappschaftsvereins, je nachdem, ob sie der Minderheit angehörten, oder Polen seien, unzulässig ist.

Der Rat hat von dieser Erledigung der Angelegenheit Kenntnis genommen. Die Beschwerde Lubos' hatte der Rat im September für erledigt angesehen und sich nur vorbehalten, die Frage des ungeschicklichen Druckes wegen Annahme der Kinder in die Minderheitsschule erneut aufzunehmen. Der deutsche Ratsvertreter hat im September geäußert, sich der Stimme enthalten zu müssen und dies kurz begründet. Der Rat hat die polnische Regierung ersucht, das Erforderliche zu veranlassen, solche Vorwürfe in Zukunft zu vermeiden und die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Im Anschluß hieran hat der deutsche Vertreter in der Sitzung an die polnische Regierung die Bitte gerichtet, den Lubos für die erlittene Depression irgendwie zu entschädigen. Jaleski sagte wohlwollende Prüfung zu.

Da der Berichterstatter Abdatschi, der erst gestern aus dem Haag nach Genf gekommen war und am Mittwoch wieder abreisen mußte, das umfangreiche Material nicht prüfen konnte, wurde die Angelegenheit auf die nächste Tagung verschoben.

Der Fall Wiesner

Die unerledigten Wahlproteste auf „Richterhöfchen“.

Der vierte Klagefall betrifft eine Entlassung aus Wahlgründen. Der Häuer Wiesner von der Grube „Richter“ der Königs- und Laurahütte, war für die Wahl zum Angestelltenrat im Juli 1927 zum Kandidaten der deutschen Liste aufgestellt. Der Wahlvorstand erklärte in ganz ungeschicklicher Weise die Vorschläge für ungültig, so daß nur die polnischen Listen gewählt wurden. Die von Wiesner eingelegte Beschwerde hatte den Erfolg, daß im Oktober 1927 der Beschwerde stattgegeben und die Wahl für ungültig erklärt wurde. Gegen diese Entscheidung beschwerten sich wieder auf der polnischen Liste stehende Kandidaten bezw. der Vorstand vom Oberbergamt. Das Oberbergamt zögerte die Entscheidung solange hin, bis die Wahlperiode abgelaufen war, so daß die Angelegenheit gegenstandslos geworden war. Bei den Wahlen im Juli 1928 fanden wiederum Unregelmäßigkeiten statt, durch die die deutschen Listen, deren Spitzenkandidat wieder Wiesner war, keinen Vertreter erhielt. Auch hiergegen erhob Wiesner Beschwerde, ohne bisher einen Bescheid erhalten zu haben.

Die deutschen Wahlkandidaten, die mit auf der Vorschlagsliste von 1928 gestanden haben, wurden bis auf zwei von der Grubenverwaltung entlassen.

Dies war nur möglich, wenn der Angestelltenrat hierzu seine Zustimmung gab. Da der ungeschicklich gewählte Angestelltenrat nur polnische Mitglieder enthielt, war es der Grubenverwaltung leicht, seine Zustimmung zu erhalten. Diese Entlassungen waren ungeschicklich, denn wenn der Angestelltenrat gesetzmäßig gewählt worden wäre, würde er seine Zustimmung verweigert haben. Wiesner hat sich nunmehr an den Völkerbundsrat mit seiner Beschwerde gewandt, da es sich seiner Ansicht nach um eine Handlung von Behörden handelt, die die Natur von Richterhöfen haben und bei denen deshalb nach seiner Meinung ein Verfahren beim Präsidenten der Gemischten Kommission unzulässig gewesen sei. Die polnische Regierung hat in ihren Bemerkungen für die Verzögerung in der Entscheidung angegeben, daß gewisse Änderungen in den Grubenorganisationen eine solche Verzögerung leicht mit sich gebracht hätten. Zugleich hat sie betont, daß die noch ausstehende Entscheidung über die Angestelltenratswahl von 1928 unmittelbar bevorsteht. Im übrigen sei die Lösung des Angestelltenverhältnisses von Wiesner eine Zivilfrage, die vor die ordentlichen Gerichte gehöre. Endlich hat sie die Erklärung abgegeben, daß die Annahme Wiesners unzutreffend sei, die er über den Charakter der angegriffenen Behörden vorgetragen habe. Die im Betracht kommenden Behörden seien nicht richterliche Behörden, sondern Behörden, die den Anweisungen durch ihre übergeordneten Instanzen unterworfen seien.

Deshalb sei ein Verfahren vor dem Präsidenten der Gemischten Kommission zulässig. Der Rat beschloß im Interesse Wiesners die Angelegenheit der Gemischten Kommission zu überweisen. Zugleich hat der Rat die Erwartung ausgesprochen, daß die von der polnischen Regierung als bevorstehend angekündigte Entscheidung über die Wahlbeschwerden in Wirklichkeit in kürzester Frist ergeht.



Professor Dr. Karl Friedrich Bonhoeffer

dem vor kurzem die Spaltung des Wasserstoffatoms gelungen ist, wird das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie in Berlin-Dahlem verlassen, um einem Ruf an die Universität Frankfurt am Main auf den dortigen Lehrstuhl für physikalische Chemie zu folgen.

Elternrecht und Sprachprüfung

Genf. Gelegentlich der von Vertretern der deutschen und der polnischen Abordnung in Genf geführten Verhandlungen über ober-schlesische Schulfragen

wurden die Versuche fortgesetzt, zu einer Einigung in der noch immer nicht geklärten Angelegenheit der Sprachprüfungen ober-schlesischer Kinder zu gelangen. Es gilt eine Formel zu finden, die es verhindert, daß polnischerseits die Annahme der Kinder zu deutschen Schulen in unzulässiger Weise überwacht wird und die auch eine genügende Gewähr bietet, daß kein Mißbrauch mit derartigen Anmeldungen betrieben wird. Bekanntlich haben die Polen, ohne indeß jemals einen Beweis zu erbringen, behauptet, daß namentlich Arbeiter polnischer Nationalität unter einem angeblichen Druck von deutschen Arbeitern und Verbänden gegen den eigenen Willen Kinder zur deutschen Schule angemeldet hätten. Ein Einprüfungsrecht der Polen gegen derartige Fälle wird man umso eher zugestehen können, als damit am deutlichsten die Gegenstandslosigkeit der polnischen Beschwerde nachgewiesen werden wird. Offen bleibt dagegen die Gegenfrage, ob nicht gleichzeitig Vorkehrungen getroffen werden müßten, um Sicherheiten gegen den immer wiederholten Druck polnischer Stellen gegenüber den Eltern deutscher Kinder zu schaffen.

Die Forderung der Opposition an Bartel

Um die Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung

Warschau. Im Namen des Zentrolem, dem fünf verschiedene Sejmklubs angeschlossen sind, hat der Sejmabgeordnete Rog von der „Wyzwolenie“-Partei vor der Aussprache über die Rede des Ministerpräsidenten Bartel im Sejm folgende Deklaration eingebracht:

„Im Namen des Wyzwolenieklubs, der P. P. S., der Bauernpartei, der Piastengruppe, der Christlichen Demokratie und der N. P. R. habe ich zu erklären, daß in dem Beschlusse, der den Rücktritt des Kabinetts Switalski forderte, wurde ausdrücklich der Wille der Volkvertretung zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur eine andere Zusammensetzung der Regierung, aber vor allem der Systemwechsel erfolgen müsse.“

Im Verlaufe der Regierungskrise haben wir dem Staatspräsidenten auseinandergesetzt, was wir unter Systemwechsel verstehen, und zwar:

1. Volle Anwendung der Verfassung, der Gesetze und des Organischen Statuts für die schlesische Wojewodschaft.

2. Feststellung des Grundgesetzes, daß die Verfassungsrevision nur auf dem legalen Wege unter Ausschaltung einer Propaganda über Staatsstreich und zwar in jeder Form, erfolgen kann.

3. Unabhängigkeit des Gerichtswesens, der Staats- und Heeresverwaltung von jeglicher Beeinflussung durch politische Parteien bezw. irgendeinem politischen Lager und die Einhaltung des Grundgesetzes über die Selbstverwaltung, die dem Volke durch die Gesetze garantiert wurde.

4. Zurückweisung der Verwaltungsorgane des Staates hinsichtlich der Zeitungsbeschlagnahmen, Einstellung der politischen Repressalien und Überprüfung der Mißbräuche, die dem Staatsschatz Schäden brachten.

6. Einstellung der Subventionierung von politischen Parteien, Wahlpropaganda und der Presseorgane. Ausschaltung der Ueberfälle aus politischen Nachgeklüften auf Personen durch staatliche Verwaltungsorgane, Militärpersonen und Personen der Militärordnungsverbände. An diesen Grundgesetzen halten wir fest und davon hängt unsere Stellungnahme zu der Regierung ab.

Die letzten Beratungen im Haag?

Einmütige Unterzeichnung des Schlussprotokolls?

Haag. Der Vollausschuss für die deutsche Reparationsfrage, in dem außer den großen Gläubiger-Mächten auch die kleinen Gläubiger vertreten sind, tritt am Freitag zu den abschließenden Beratungen über die deutsche Reparationsfrage zusammen. Die 6 einladenden Mächte haben beschlossen, den

ein einheitliches Gesamtabkommen über sämtliche deutschen Reparationsfragen beruhenden Punkte vorzulegen.

Die kleinen Mächte werden sodann diesem Abkommen lediglich ihre Zustimmung zu erteilen haben, ohne die Möglichkeit zu besitzen, in eine Erörterung dieses Gesamtabkommens einzutreten.

Am Donnerstag treten die 6 einladenden Mächte noch einmal zusammen, um die Mobilisationsfrage und einige Fragen über die Liquidierung der Bergangehörigkeit endgültig zu regeln.

Der Juristenausschuss wird sodann den Wortlaut des Schlussprotokolls der Haager Abmachungen mit den einzelnen Mitgliedern endgültig festsetzen. In der sechs-Mächte-Sitzung am Mittwoch ist beschlossen worden, die Konferenz am Sonnabend, unabhängig von der Regelung der Ostreparationsfrage zu Ende zu führen.

Die Mobilisierung wird am Mittwochabend im Anschluß an das deutsch-französische Essen bei Curtius Gegenstand privater Be-

sprechungen zwischen den französischen und den deutschen Vertretern sein. Die deutsche Abordnung ist kurz vor dem Essen zu einer Sitzung zusammengetreten, um die endgültige Stellungnahme Deutschlands in der Mobilisationsfrage festzusetzen.

In der Mittwochsitzung des Ausschusses für die Ostreparationsfragen gaben der rumänische und der tschechische Außenminister eine Erklärung ab,

nach der die Mächte der Kleinen Entente das Haager Schlussprotokoll nicht unterzeichnen könnten,

solange nicht die ungarische Reparationsfrage geklärt sei. Daraufhin hat der Vorsitzende des Ausschusses, Minister Loucheur, den Vorschlag gemacht, daß die Großmächte der Kleinen Entente die moralische Zusicherung geben sollten, für die sofortige Bereinigung der Ostreparationsfrage mit allen Mitteln einzutreten. Unter dieser Bedingung sollten die kleinen Mächte sich bereitfinden, das Haager Schlussprotokoll und den Youngplan am Sonnabend zu unterzeichnen, auch wenn die ungarische Reparationsfrage bis dahin nicht entschieden worden sei. Die Vertreter der Kleinen Entente haben den Vorschlag angenommen. Es kann somit damit gerechnet werden, daß das Haager Schlussprotokoll mit dem Youngplan am Sonnabend von sämtlichen Mächten einschließlich der Kleinen Entente unterzeichnet werden wird.

Unsere Stellungnahme zu dem Bartel-Kabinett ist davon abhängig, ob er diese Grundzüge sich zu eigen machen wird und danach streben wird, sie zu erfüllen. Wir erachten sie als Staatsnotwendigkeiten und die Allgemeinheit besteht auf ihrer Erfüllung. Wir unterstreichen ausdrücklich, daß die wirtschaftliche Lage des Landes äußerst schwierig ist. Die Volkswirtschaft in Stadt und Land leben in Elend, die Landwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit sind im Steigen begriffen und die internationale Lage des Staates gestaltet sich immer schwieriger. Polen steht vor Lösung von Aufgaben, die für die Zukunft des Staates von außerordentlicher Bedeutung sein werden. Das alles, als auch die Abänderung der Verfassung, erfordert eine andere politische Atmosphäre, als jene, die durch das bisherige Regierungssystem geschaffen wurde. Eine solche Arbeit des Sejms und der Regierung, die sich auf den oben geschilderten Grundzügen stützen wird, wird alle Hindernisse, die sich dem polnischen Staate störend in den Weg legen, beseitigen können.

Wieder vertagt!

An dieser Stelle ist wiederholt betont worden, daß die ober-schlesischen Beschwerden an den Völkerbund allmählich zu einem Arrangementspiel ausarten. Immer findet man in Genf Gelegenheit, die Entscheidung hinauszuschieben, um sich vor einem klaren Rechtspruch zu drücken. So ist die Frage des Elternrechts noch nicht entschieden, obgleich der Streitfall bereits seit März 1927 schwebt, der durch einen Kompromiß scheinbar beigelegt worden ist, um jetzt überhaupt keine Entscheidung zu finden. Auch jetzt wieder hat man diese Frage des Elternrechts, die man zu einer Sprachprüfungsfrage ausgestaltet hat, auf eine der nächsten Tagungen des Völkerbundes verlagert, d. h. vorausgesetzt, daß sie überhaupt auf die Tagesordnung kommt, was zur Folge hätte, wenn sich die Verhandlungspartner, also Deutschland und Polen, zu diesem Thema überhaupt einigen, beziehungsweise dem Völkerbund eine Grundlage dazu bieten. Es überrascht uns absolut nicht, daß alles, was Oberschlesien betrifft, einfach von Tagung zu Tagung verlegt wird, denn die Herren haben es nicht so eilig in Genf, eher mag inzwischen das Deutschtum ganz ausgerottet werden.

An der Mittwochsitzung des Völkerbundes waren wieder einige Fragen aus Oberschlesien auf der Tagesordnung. Die Angelegenheit der Knappschäftsärzte ist auf die nächste Sitzung verlegt worden, weil der Japaner Matschi aus dem Haag kam und sich der Sache nicht mehr annehmen konnte und auch bald wieder nach dort zurück muß. Die Sache Lubos soll eine wohlwollende Erledigung finden, dies hat wenigstens Außenminister Leski zugelagt, man gibt also damit zu, daß Lubos zu Unrecht als Beamter des ober-schlesischen Knappschäftsvereins entlassen wurde, weil er seine Kinder in die deutsche Minderheitsschule geschickt hat. Dies ist der erste Fall, wo amtlich zugegeben wird, daß solche Dinge in Oberschlesien passieren, daß also die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit Folgen nach sich ziehen kann und Eltern, die zu ihrer Nationalität Treue halten, einfach der Gefahr laufen, wirtschaftlich geschädigt zu werden. Bisher hat man immer irgend einen Fall gefunden, um zu beweisen, daß der Besuch der Minderheitsschule unabhängig sei von der wirtschaftlichen Schädigung, wie im Falle Lubos. Nun, wir sind neugierig, wie der Fall Lubos „wohlwollend“ erledigt wird. Das ist aber auch der einzige Fall, wo man zu einer Teillösung kam, denn die übrigen Fragen, die die ober-schlesischen Beschwerden betreffen, sind einfach vertagt.

Wir haben bereits berichtet, daß Genosse Wiesner, der von den Richter-schächten als früherer Angestellter entlassen wurde und zwar dadurch, daß es nicht möglich war, eine Liste des Asabundes auf Richter-schächte einzuzureichen, weil sie einfach sabotiert wurde und die amtlich verantwortliche Behörde, das Oberbergamt, einfach die Proteste nicht erledigte. Die direkte Beschwerde des Genossen Wiesner an den Völkerbund ist nun an den Präsidenten der Gemischten Kommission zurückgegangen, der sie überprüfen und seine Entscheidung treffen soll, die wohl aber nicht anerkannt wird und schließlich doch noch den Völkerbund beschäftigen wird. Es müßte ein Wunder geschehen, und daran glauben wir nicht, wenn die Frage des Angestelltenrats Wiesner in Oberschlesien selbst eine Erledigung finden würde. An den bisherigen Behörden lag es, die Sache zu erledigen, aber Betriebsratswahlen auf Richter-schächte sind ein Kapitel für sich. Wir sind nicht so fröhliche Optimisten, wie die Herren in Genf, die uns die Verzögerung der Entscheidung dadurch schmachtlich machen wollen, daß der Verdrag hinzugefügt wird, daß nun wirklich unmittelbar und in kürzester Frist die Entscheidung über die Wahlbeschwerde folgen wird. Jedenfalls nicht bis zur nächsten Völkerbundstagung und, wenn man so sagen darf, wenns Gott gibt, wird sie nächstes Jahr um diese Zeit (die Beschwerde Wiesner) auch noch nicht endgültig geregelt sein.

Die Beschwerde des Polenbundes wegen des Ankaufs von Grund und Boden durch Polen auf deutscher Seite Oberschlesiens ist dahin erledigt worden, daß im Bericht des Völkerbundesrates hervorgehoben wird, daß mit Genugtuung die Bemerkung der deutschen Regierung zur Kenntnis genommen wird, daß Deutschland alle Maßnahmen ergreifen wird, um jeden Schein gegen-sätzlich der Behauptung der polnischen Minderheit zu vermeiden. Jedenfalls eine klare Erklärung und schon eine Entscheidung, mit der die polnische Minderheit zufrieden sein kann. Das können wir als deutsche Minderheit leider von der wohlwollenden Berücksichtigung durch die polnische Regierung nicht sagen und das betrübt uns, weil wir nicht sagen können, daß unsere Sache im Völkerbund genau so schnell ihre Erledigung und Berücksichtigung findet.

Wir sind über den Ausgang unserer deutschen Beschwerden in Genf nicht enttäuscht. Wiederholt haben wir die Strömungen gezeigt, die in Genf auslaggebend sind und geben wir uns keinen Täuschungen hin, es werden bei Ablauf der Genfer Konvention noch Beschwerden übrig bleiben. So flott arbeitet man in Genf, um das eigene Werk zu schützen, welches der Völkerbund bezüglich Oberschlesiens abgeschlossen hat. Und man drückt sich in Genf nur deshalb, weil man Kompromisse und keine Rechtsentscheidungen treffen will. Darin liegt die Verzögerung und man sieht dieser Behandlung ober-schlesischer Fragen in Genf, wie einem Arrangementspiel zu. Das muß den Herrschaften mit aller Deutlichkeit gefagt werden, und wenn heute der deutschen Minderheit jemand etwas von Genf sagt, so ruft dies nur ein Lächeln hervor, soviel „Vertrauen“ hat man noch hier zum „Völkerbund“.

Die Sanktionsfrage erledigt

Deutschlands Verzicht in der Sanktionsvereinbarung — Warum Snowden Einspruch erhob

Haag. Der am Mittwoch erfolgten Vereinbarung zwischen Deutschland und den 5 alliierten Gläubigermächten in der Sanktionsfrage, wird in allen Konferenzkreisen weittragende Bedeutung beigegeben. Die Vereinbarung wird allgemein dahin ausgelegt, daß Deutschland im Falle einer bejahenden Entscheidung des ständigen internationalen Haager Gerichtshofes jegliche von einer Gläubigermacht ergriffene Maßnahme politischer oder militärischer Art als berechtigt ansieht und somit eine etwaige Besetzung deutschen Gebietes in einem solchen Falle nicht als einen kriegerischen Akt betrachtet. Das Vorgehen einer einzelnen Gläubigermacht gegen Deutschland würde nach dieser Vereinbarung des ständigen Gerichtshofes legalisiert werden, während nach dem Versailler Vertrag Frankreich allein im Falle eines Vorgehens gegen Deutschland die Verantwortung

hierfür trug. Deutschland hat ferner darauf verzichtet, die Mittel des Völkerrechts (Anrufung des Völkerbundesrates) oder den Kellogg-Pakt in Anwendung zu bringen.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Erklärung des englischen Schatzkanzlers Snowden in der entscheidenden Mittwochsitzung der sechs Mächte besondere Bedeutung. Nach dieser Erklärung scheint die englische Regierung die nunmehrige Vereinbarung dahin beschränken zu wollen, daß nur ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Gläubigermächte die vorgesehenen Folgen eines deutschen Vertragsbruches auslösen kann, nicht aber jede einzelne Gläubigermacht von sich aus einschreiten darf. Die Vereinbarung stellt jedoch demgegenüber ausdrücklich die Handlungsfreiheit jeder einzelnen Gläubigermacht unabhängig von der politischen Stellungnahme der übrigen Gläubiger fest.



Frau Marie von Bunsen

die in weitesten Kreisen geschätzte Schriftstellerin und Kunstkritikerin, vollendet am 17. Januar das 70. Lebensjahr.

Von Genf nach Warschau

Fortführung der deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen in Warschau.

Genf. Die Verhandlungen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sind in Genf fortgeführt worden. Da die Ratstagung voraussichtlich am Donnerstag ihren Abschluß finden wird und die Verhandlungen bis dahin noch nicht beendet sein dürften, nimmt man an, daß sie in Warschau weiter fortgeführt und zum Abschluß gelangen werden.

Wechsel in der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats

Genf. Zur allgemeinen Überraschung ist am Mittwoch der Leiter der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats, Aguirera de Carcer, von seinem Posten zurückgetreten. Sein Stellvertreter, Ascerati (ebenfalls Spanier), ist darauf vom Rat zum Leiter der Minderheitenabteilung gewählt worden. Bei dieser Gelegenheit dürfte die Erwartung ausgesprochen werden, daß der Nachfolger Asceratis, als Stellvertreter des Abteilungschefs, ein Mann wird, der der deutschen Sprache mächtig ist, da ein großer Teil der Herren, die in dieser Abteilung zu arbeiten haben, sich der deutschen Sprache bedienen. A. de Carcer wird voraussichtlich in den spanischen diplomatischen Dienst zurückkehren.

Basel endgültig der VZJ-Sitz

Haag. Der Juristenunterausschuss des Organisationsausschusses für die VZJ, hat am Mittwoch mit dem Vertreter des Schweizer Bundesrates die endgültige Vereinbarung über die Wahl Basels als Sitz der VZJ getroffen. Danach wird zwischen der VZJ, und dem Schweizer Bundesrat ein Vertrag auf zunächst 15 Jahre geschlossen. Daneben wird ein gleichlautender Vertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Dieser Vertrag tritt in Kraft, falls nach Ablauf von drei Monaten kein Antrag auf Volksentscheid gestellt worden ist. Der Vertrag regelt die Exterritorialität, die Steuerfreiheit der VZJ, und die staatsrechtlichen Beziehungen zwi-

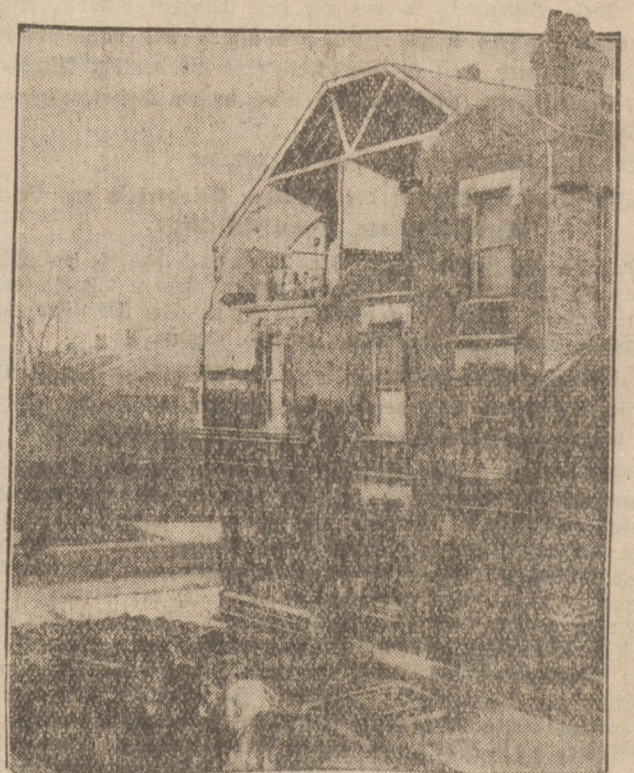
schen der Schweiz und der VZJ. Die beiden Abkommen müssen für ihr Inkrafttreten noch in der Volksversammlung des Organisationsausschusses angenommen und sodann von der Balkonferenz gebilligt werden.

Die hungernden chinesischen Bauern plündern

Shanghai. Die Bauern aus den Hungergebieten Chinas haben sich zusammengerottet und die Stadt Fucien besetzt. Die Polizei wurde entworfen, die Lebensmittelgeschäfte geplündert und vernichtet und sämtliche leeren Proviantspeicher in Brand gesteckt. Die Regierung hat über die Hungergebiete in der Provinz Schensi den Ausnahmezustand verhängt. Außerdem wurde Militär entsandt, um die Ruhe wieder herzustellen.

Der erste Transport der Deutschrussen nach Brasilien

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter wird am Donnerstag der erste Transport mit deutsch-russischen Auswanderern nach Brasilien in Hamburg eingeschifft. Es handelt sich um 190 Flüchtlinge, die zuerst im Lager Hammerstein untergebracht und kurz vor Weihnachten nach Wörlitz verlegt worden waren. Die Deutschrussen sollen im Staate Santa Catharina in der Nähe von Blumenau und Hammonia angesiedelt werden.



Sturmverwüstungen in London

Ein über England wütender Orkan hat besonders London heim-
geschüdt und dort die Giebelwand eines Hauses eingebrochen, von deren Trümmern zwei Personen erschlagen wurden.

Wiederaufnahme des russisch-mandschurischen Eisenbahnverkehrs

London. Einer Meldung aus Peking zufolge ist am Dienstag nach der Beilegung des chinesisch-russischen Streitfalles der erste Zug aus Wladivostok in Charbin eingetroffen. Der transsibirische Eisenbahnverkehr wird so schnell als möglich wieder aufgenommen werden.

Es verlautet, daß die Wiederherstellung der russischen Rechte an der ostchinesischen Eisenbahn eine unzulässigere Politik als diejenige vor dem Konflikt zur Folge gehabt habe. Die Russen sollen allen Chinesen, die in den letzten sechs Monaten Posten bei der Bahn erhalten hatten, gekündigt und durch Russen ersetzt haben. Die dreihundert von den Chinesen entlassenen Beamten sind wieder eingestellt worden.

Gleichzeitig erfolgte die Übernahme des Telephon- und Telegraphendienstes durch russische Beamte. Es wird weiterhin berichtet, daß sich die Stellung der Russen in der Mandschurei auf Grund des Feldzuges und der Tatsache, daß General Blüchers Armee noch immer vor der Grenze steht, wesentlich verbessert habe und die Russen nunmehr eine herrschende Rolle spielen.

Haager Konferenz noch in der nächsten Woche?

Paris. Die „Information“ bringt die Aufsehen erregende Mitteilung ihres Sonderberichterstatters im Haag, daß man in zuständigen Kreisen mit einer Ausdehnung der Konferenz auf die kommende Woche rechnet. Veranlassung hierzu gebe die Schwierigkeit, den Wortlaut der juristischen Fassung für die getroffenen Abmachungen festzulegen. Auch die Verhandlungen über die Ostfragen dürften bis Sonnabend kaum beendet sein. In diesem Fall würden Finanzminister Chéron und Arbeitsminister Loucheur noch weiter im Haag bleiben, um die Schlussprotokolle zu paraphrasieren.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7.

Freitag, 12.05 und 16.20: Schallplattenkonzert. 17.45: Unterhaltungskonzert. 18.45: Vorträge. 20.00: Berichte. 20.15: Symphoniekonzert. 23.00: Französische Stunde.

Warschau — Welle 1411.

Freitag, 12.05: Schallplattenkonzert. 13.10: Wetterbericht. 15.00: Handelsbericht. 15.20: Verschiedene Vorträge. 17.45: Unterhaltungskonzert. 18.45: Verschiedenes. 20.05: Musikalische Plauderei. 20.15: Symphoniekonzert.

Gleiwitz Welle 253.

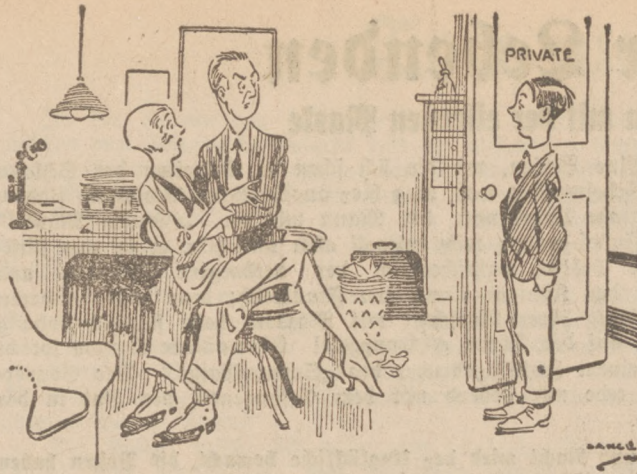
Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten. *) 12.55 bis 13.06: Neuener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. *) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesienschen Funkstunde A-G.

Freitag, 16.00: Stunde der Frau. 16.30: Sonaten. 17.30: Kinderzeitung. 18.00: Schlesiensche Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. 18.15: Aus Gleiwitz: Staatskunde. 18.45: Literatur. 19.15: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 19.15: Abendmusik. 20.00: Stunde der Arbeit. 20.30: Übertragung auf den Deutschlandsender Königsmutterhausen: Herr Peter Squenz. 22.10: Die Abendberichte. 22.35: Handelslehre.



„Menschenkind — weshalb kommen Sie hier herein, ohne anzuklopfen? Sie sind zum nächsten Ersten entlassen!“
„Aber, Herr Direktor — was wird Ihre Frau dazu sagen? Sie hat mir doch aufgetragen, auf Sie besonders aufzupassen.“

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Der Deutsche Kulturbund

veranstaltet am 23. Januar, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle“, Kattowitz, und am 24. Januar, um 8 Uhr abends, im Hotel „Graf Reden“, Königshütte, einen großangelegten Lichtbildvortrag, betitelt „Weltfahrt des Grafen Zeppelin“. Der Vortragende ist der Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Geisenheimer.

Da uns nicht nur die technische Durchführung eines solchen Weltfluges sondern die vielen Sehenswürdigkeiten der einzelnen Weltteile interessant erscheinen, machen wir die Mitglieder des „Bundes für Arbeiterbildung“, der Gewerkschaften und der Partei auf diese Vorträge aufmerksam.

Eintrittskarten zu 3, 2 und 1 Zloty sind im Vorverkauf Kattowitz, Marjacka 17, Hinterhaus 2. St., von vormittags 9—18 Uhr, außerdem an dem genannten Tage an der Abendkasse zu haben.

Königshütte. Der Bund für Arbeiterbildung beginnt am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Hotels „Graf Reden“ seine Theaterreihe, welche mit dem Schwank von Kokebuesch „Die beiden Klingsbergs“, in 3 Akten, eröffnet wird. Das Stück wird zum Teil von Berufsschauspielern mit durchgeführt, was auf ein sehr gutes Gelingen hindeutet. Wir bitten die Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung, der Gewerkschaften und der Partei, dieser Veranstaltung das größte Interesse entgegenbringen und die erste Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen. Die Preise sind äußerst niedrig gehalten, von Loge bis Stehplatz bewegen sie sich zwischen 2,50 Zloty und 50 Groschen. Eintrittskarten die im Vorverkauf, Königshütte, ul. 3-go Maja 6, bestellt werden, sind mit 20 Prozent Ermäßigung, mit Ausnahme von Stehplatz, erhältlich.

Nowy Bytom. Sonnabend, den 18. Januar 1930, abends 6 Uhr, bei Herrn Smiatek Vortragsabend. Referent: Gen. Buchwald. Das Thema wird am Abend selbst bekanntgegeben.

Stelmanowicz. Am Freitag, den 17. 1. 1930, abends 7½ Uhr, Lokal Kosdon, Vortrag des Mittelschullehrers Boese über „Tiere der Vorwelt“ mit Lichtbildern. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Mikolaj. Am Sonnabend, den 18. Januar, abends 6½ Uhr, findet im Lokal Kurpas ein Vortrag des Gen. Dr. Bloch statt. Thema: „Unsere Weltanschauung einst und jetzt.“ Um vollständiges Erscheinen wird ersucht.

Verjammlungskalender

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Zentralhotel Kattowitz, Dworcowa 11, eine

Vertrauensmänner-Konferenz

statt, zu welcher die Genossen und Genossinnen gemäß dem letzten Rundschreiben eingeladen sind. Die Parteileitung.

Arbeiter-Sängerbund!

Am Sonntag, den 19. Januar 1930, vorm. 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Kattowitz, eine Bundesvorstandssitzung statt, zu welcher die Herren Dirigenten eingeladen sind. Bitte die Rundschreiben zu beachten! Um vollständiges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Die Bundesleitung.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowice.

Donnerstag: Musikabend.

Sonntag: Heimabend.

Kattowice. Freie Turner. Am Sonnabend, den 18. 1. 30., findet im Zentralhotel eine Vorstandssitzung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Kattowice. Freie Turner. Am Sonntag, den 19. Januar 1930, nachmittags 4 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels unsere fällige Generalversammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

Bismarckhütte. Faschingsvergügen. Am Sonntag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, veranstaltet das „Kartell der Freien Richtung“ ein Faschingsvergügen, bei Brzezina, ul. Kalina, zu dem alle Parteigenossen, Gewerkschaftler und Mitglieder der Kulturvereine eingeladen werden.

Schwientochlowitz. Maschinisten und Heizer. Am Sonnabend, den 18. Januar, abends 5 Uhr, findet bei Scholtyssek, Langestraße 17, die Generalversammlung der Zählstelle Schwientochlowitz statt.

Königshütte. Ortsauschuß des A. D. G. B. Sonntag, den 19. Januar d. Js., nachmittags 3 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die fällige Ortsauschuß-Sitzung statt. Da wichtige Sachen auf der Tagesordnung sind, muß jeder Delegierte erscheinen. Im Behinderungsfalle ist der Ersthelfer zu benachrichtigen.

Königshütte. (Freidenker-Generalversammlung.) Am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus die fällige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Wahl des Präsidiums, 2. Verlesen des Protokolls, 3. Berichte der Ortsgruppen, 4. Berichte des Hauptvorstandes, 5. Bericht der Pressekommission, 6. Zukunftsarbeit, 7. Anträge und Verschiedenes. Die Delegierten haben sich durch Mitgliedsbuch auszuweisen.

Königshütte. Achtung Volkshor! Am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, halten wir unsere diesjährige Generalversammlung im Vereinszimmer ab. Pflicht ist es, daß an derselben alle aktiven und inaktiven Mitglieder teilnehmen.

Königshütte. Touristenerverein „Die Naturfreunde“. Die Einladungskarten für unseren Maskenball können ab Freitag, jeden Abend von 6—9 Uhr, bei unserem Genossen Parczyk im Bibliothekszimmer des Volkshauses abgeholt werden. Dienstag, abends 7 Uhr, findet die Vorstandssitzung statt.

Königshütte. Metallarbeiter-Jugend. Am Montag, den 20. d. Mts., abends 7½ Uhr, treffen sich alle jugendlichen Metallarbeiter im Jugendheim des Volkshauses, zwecks Besprechung wichtiger organisatorischer Fragen. Restloses Erscheinen aller Jugendlichen ist erwünscht.

Königshütte. Achtung Kinder-Freunde! Am Donnerstag, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, Märchenabend im großen Saal. Eintrittsgeld beträgt 25 Groschen.

Königshütte. Achtung Radfahrer! Die erste Reigenprobe findet am Freitag, den 17. Januar 1930, im Saale des „Dom Ludowy“, abends 7—9 Uhr, statt. Es ist Pflicht, mit Rädern zu erscheinen.

Wpnie. Maschinisten und Heizer. Am Freitag, den 17. Januar, abends 5 Uhr, findet bei Nowawicz unsere Generalversammlung statt. Der Neuwahlen wegen ist restloses Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Kunst-Kalender 1930

Alpen-Kalender . . .	7.- zł
Silhouetten-Kalender . . .	7.- zł
Flug-Kalender . . .	7.- zł
Kosmos-Kalender . . .	7.- zł
Dürer-Kalender . . .	10.- zł
Natur und Kunst . . .	10.- zł
Kunst und Leben . . .	10.- zł
Kamerad-Kalender für Knaben . . .	5.- zł
Kränzchen-Kalender für Mädchen . . .	5.- zł

Ein guter Kunst-Kalender ist der schönste Zimmerschmuck

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓLKA AKCYNA, 3. MAJA 12

Leitendes Mitglied des Verbands der Buchdrucker in Kattowitz

Leitendes Mitglied des Verbands der Buchdrucker in Kattowitz

Leitendes Mitglied des Verbands der Buchdrucker in Kattowitz

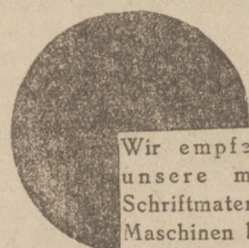
Leitendes Mitglied des Verbands der Buchdrucker in Kattowitz



Ohne Arbeit, ohne Mühe, Hast Du schon in aller Früh Mit „Purus“ in einem Nu Blitze blanke reine Schuh

„Purus“

chem. Industrierwerke Kraków



Wir empfehlen hierdurch unsere mit zeitgemäßem Schriftmaterial und guten Maschinen bestausgestattete

Buchdruckerei

bei eintretendem Bedarf von Druckarbeiten für Private, Vereine, Handel und Gewerbe und sichern sachgemäße sowie auch schnellste Erledigung der uns überwiesenen Aufträge zu.

„VITA“, Nakład drukarski KATOWICE, ul. Kościuszki 29

Telefon 2097.



sind Glanzleistungen küchenchemischer Erfindungen u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hilfe

u. s. w.

Dr. A. Oetker Bielefeld.

Werbet ständig neue Leser für den Volkswille!